

EMMIL



Eimsbüttel mit Links. Informationen der Fraktion DIE LINKE
in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Inhalt

- Seite 2 – Warum ein Bebauungsplan für die Lokstedter Grünfläche?
- Seite 4 – Wie sehen es die Schreiber? – Michael Witzorrek nimmt Stellung
- Seite 5 – Grünes und soziales Wohnen an der Unnastraße – 50% Sozialwohnungen!
- Seite 6 – Die LINKE lüdt ein – der „Lokstedter Ratschlag“ kam zu einem guten Ergebnis
- Seite 7 – Eimsbüttel für die Vielen – Das Bezirkswahlprogramm der LINKEN
- Seite 8 – Wir wollen, dass niemand in Armut leben muss – Hartz-IV-Beratung vor Ort
- Seite 9 – Verkehrter Verkehr – Keine Kriegszustände, sondern Entschleunigung schaffen!
- Seite 10 – Gentrifizierung im Univiertel – Die LINKE handelt und fordert soziale Erhaltungsverordnung
- Seite 11 – SAGA-Nachverdichtung am Spengelweg – Wir sagen mit den Anwohner*innen: „So nicht!“
- Seite 12 – Impressum

Fotos > Uwe Fischer Plan > d-plan

» Was fordern die Schreiber?



Grünerhalt!

Die Kleingärtner*innen verteidigen mehr als ihre eigenen Interessen. Ihre Gärten dienen nicht nur als „grüne Lunge“ und dem Erhalt der Artenvielfalt. Da haben auch die Anwohner*innen was davon!

Ein Gastbeitrag von > M. Witzorrek > S. 4

» Quartiersentwicklung Lokstedt



Lokstedt!

Die Bezirksversammlung und das Bezirksamt Eimsbüttel haben den gesetzlichen Auftrag, Baurecht zu vergeben und Bebauungspläne aufzustellen. Genau das erwarten die Schreiber und Anwohner im Stadtteil!

Ein Beitrag von > H. Obens > S. 2

» Soziale Erhaltungsverordnung



Univiertel!

Der Antrag der LINKEN für eine Soziale Erhaltungsverordnung im Univiertel wurde angenommen. Der Gentrifizierungsdruck auf die angestammten Anwohner*innen macht einen Milieuschutz unabwendbar!

Ein Beitrag von > K. Schulte > S. 10

Warum ein Bebauungsplan?

Vorschläge zu einem gemeinwohlorientierten Nutzungskonzept. Die Diskussion um eine Aufteilung der Lokstedter Grünfläche ist in Bewegung geraten. Die Rahmenbedingungen für den von uns geforderten Bebauungsplan werden konkreter und nehmen Gestalt an.

Text > Hartmut Obens Pläne > d-plan



H. Obens

Die Diskussion mit den Schreibern zum Erhalt aller Schrebergartenflächen hat dazu geführt, dass wir die Grenze zu Beiersdorf im Süden wieder an die alte Stelle gerückt haben, so dass die davon betroffenen Schrebergärten unangetastet und an dieser Stelle bleiben. Dabei möchten wir an den noch geltenden Bebauungsplan „Lokstedt 16“ von 1970 erinnern, in dem die hier infrage kommenden Parzellen als Dauerschrebergartenplätze gekennzeichnet sind!

Welches sind die neuen Ideen?

- Umgestaltung des Veilchenstiegs in eine parkartige Fußgänger-Promenade mit Bänken und ohne Autos
- Zwei neue Verbindungspfade, zwei neue Zugänge ins Dauer-Kleingarten-Gelände, die für die Anwohner*innen, Spaziergänger und Jogger die Durchwegung verbessern
- Verbreiterung der Zugänge zum Dauer-Kleingarten-Gelände
- Nutzung kleinerer Stellen innerhalb des Dauer-Kleingarten-Gebietes für öffentliche Nutzung, z.B. durch ein Kleingarten-Park-Cafe auf dem Gelände der Plakatwerkstatt
- Anschluss der Parzellen am Veilchenstieg an die öffentliche Kanalisation.

Flächengewinne könnten durch folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Zurückgewinnung des Parkplatzes von Beiersdorf durch Einrichtung einer Tiefgarage oder eines grünen Deckels

• Freigabe und Begrünung des „Spielplatzes“ im Osten (zwischen Parkplatz und Wohnkomplex), der sich im Eigentum einer Hamburger Wohnungsbaugesellschaft befindet und seit Jahren nicht genutzt wird.

In der Bilanz entstünde durch die Wegeverbreiterung und durch die der geplanten öffentlichen Parkbereiche insgesamt eine zusätzliche öffentliche Fläche von 25.000 qm.

Dazu der Stadtentwicklungsplaner Mario Bloem:

„Im Landschaftsprogramm von Hamburg wird ein Zielwert von 6 qm pro Einwohner für Grün- und Naherholungsflächen in einer Distanz von max. 500 m zum Wohnort als Zielwert formuliert. Dividiert man die o.g. Fläche von 25.000 qm durch 6 qm pro Einwohner, so würde diese Fläche für über 4.000 Anwohner einen öffentlichen Naherholungsraum bieten – auch wenn diese Anwohner selbst keinen eigenen Schrebergarten gepachtet haben und die zugängliche Fläche im Wesentlichen als Spazierweg mit Parkbänken, als Joggingstrecke oder als Kinderspielplatz nutzen“.

Wir haben noch weitere Ideen, um die Aufenthaltsqualität des Geländes im Interesse aller Nutzer zu verbessern:

- Anbindung der Villa am Veilchenstieg an das öffentliche Kanalisationsnetz, um den wöchentlich zweimaligen Einsatz von Jauchetransportern unnötig und den Veilchenstieg

vollständig autofrei zu machen

- Einrichtung eines Cafés an dieser Stelle als Treffpunkt für alle Nutzer, für Schreiber und Anwohner. Das würde die Aufenthaltsqualität und Kommunikation wesentlich verbessern. Für Familien mit Kindern böte das einen gefahrlosen Aufenthalt und Raum für soziale Aktivitäten.

Mit einem aktualisierten neuen Bebauungsplan, der solche Möglichkeiten und Angebote vorsieht, würde nicht nur die Biotopvielfalt und die Frischluftversorgung in Lokstedt, sondern auch die Lebens- und Freizeitqualität im ganzen Quartier enorm verbessert und langfristig gesichert.

Diese oben genannten Ziele stehen zudem nicht im Widerspruch mit der Standortsicherung für die Firma Beiersdorf. Wie wir ebenfalls nachweisen können, hat die Firma auf ihren bisherigen Betriebsflächen noch ein Entwicklungspotential auf bis zu 7.600 Arbeitsplätze, d.h. Beiersdorf als Dax-Konzern kann durch eine Modernisierung seiner Standorte die derzeit insgesamt geplanten 3.600 Arbeitsplätze mehr als verdoppeln – und dies alles – ohne die letzten großen Grünflächen in Lokstedt bebauen zu müssen.

„Ein grünes Lokstedt für Alle“, das ist der Anspruch, den wir LINKE – zusammen mit den gemeinwohlorientierten Nutzungen der Grünfläche und einem grünen und sozialen Stadtquartier mit bezahlbaren

Wohnungen – als zukunftsweisenden Beitrag der Bezirkspolitik für Lokstedt vorschlagen.

(Oben) Im Landschaftsprogramm Hamburgs werden die Mindestanforderungen an Grünversorgung pro Einwohner definiert. Das Bezirksamt sollte das nicht links liegen lassen. (Unten) Der Quartiers-Bebauungsplan soll die Grünfläche erhalten, Erweiterungsmöglichkeiten für Beiersdorf berücksichtigen, bezahlbaren Wohnraum schaffen und den Park am Weiher vergrößern.



EmiL HINTERGRUND

Inhalte für einen Quartiers-Bebauungsplan, Größe ca. 220 ha

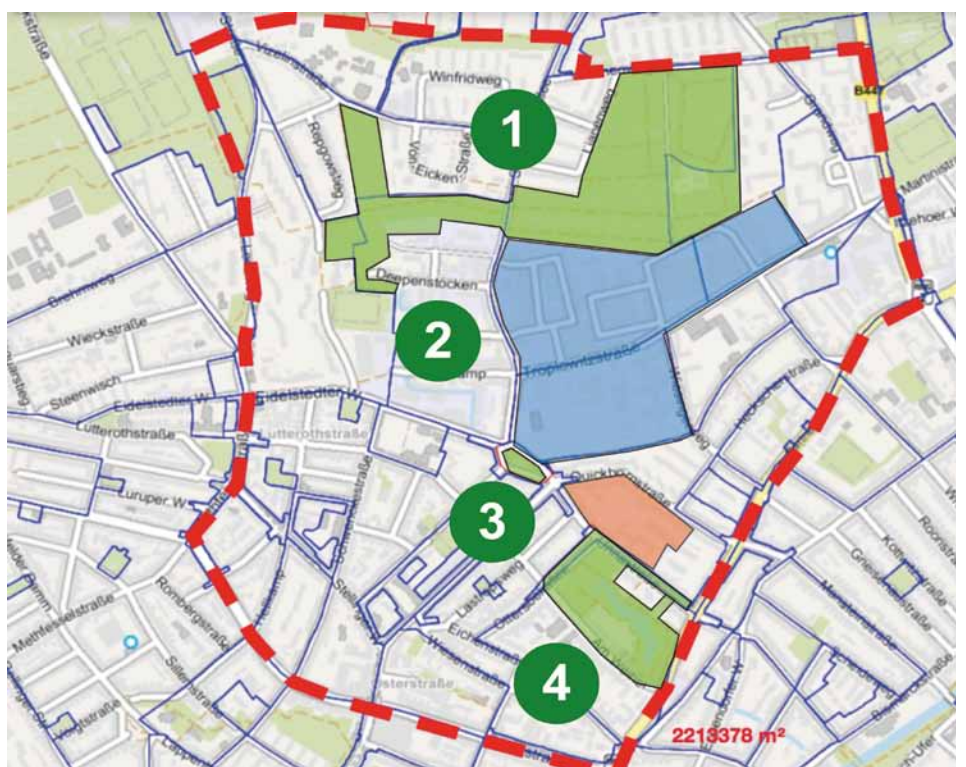
Davon:

1 Grünfläche erhalten / Stadtteil-Schreberpark 14 ha – 6,3 % des Plangebiets

2 Beiersdorf / NXP / Gewerbe 10,2 ha – 4,6 % des Plangebiets, 520.000 qm BGF, nachverdichtet, mehr als 7.500 Arbeitsplätze

3 Bezahlbarer Wohnraum: 3,5 ha – 1,6 % des Plangebiets, 600 Wohnungen mit 90 Jahren Sozialbindung, grüne, öffentliche Durchquerung

4 Den Park „Am Weiher“ um ca. 50 % vergrößern



Da wächst was!

Seit Oktober 2017 engagiert sich die Initiative Lebenswertes Lokstedt für den Erhalt der historischen Gärten am Beiersdorf-Gelände. Anwohner und Schreber setzen sich mit modernen Stadtteilkonzepten für den dauerhaften Grünflächenerhalt und gegen die Fabrikerweiterung ein.

Ein Gastbeitrag von > Michael Witzorrek*/Initiative Lebenswertes Lokstedt Foto > Uwe Fischer



M. Witzorrek

Wir appellierten an die Vernunft und Einsicht der Bürgerschaftsfraktionen im Hamburger Rathaus. Wir sammelten über 7.000 Protestunterschriften, organisierten Info-Stände und Veranstaltungen. Gegen den Willen von Anwohnern*innen und Schrebergärtnern*innen verkaufte der rot-grüne Senat dennoch die 12 Hektar Grünfläche zwischen Grandweg, Veilchenweg und Stresemannallee an den Chemiekonzern Beiersdorf.

Die massiven Klimaveränderungen, schlechte Luftwerte und nicht zuletzt der Hitze-Sommer haben uns verdeutlicht, wie existenziell die wenigen Grünflächen in Hamburg mittlerweile sind. Mit dem nachhaltigen Konzept „Lokstedter Ratschlag“ steht erstmalig ein abstimmungsfähiger Bebauungsplan zur Diskussion, der unsere Unterstützung und Zustimmung findet.

Wir fordern:

Umsetzung des Bebauungsplan-Konzepts „Lokstedter Ratschlag:

Schaffung eines vergrößerten Grünareals für Anwohner*innen und Schrebergärtner*innen. Ideal für alle natur- und erholungsinteressierten Menschen. Parkbänke laden ebenso zum Verweilen ein wie ein kleines Cafe im dann autofreien Veilchenstieg.

Umweltgerechtigkeit für ganz

Hamburg:

Saubere Luft sowie die Erreichbarkeit von Grün- und Erholungsflächen dürfen kein Privileg sein. Dies gilt für Blankenese, aber auch für Lokstedt oder Barmbek.

Hamburgs Klimaziele erreichen:

Hamburg wird seine selbstgesteckten Klimaziele nur erreichen, wenn wir in Fragen des Energieverbrauchs, der Verkehrspolitik und des Grünflächenerhalts höhere Maßstäbe ansetzen.

Parks und Schrebergärten schützen:

Mittlerweile sind Parks und Schrebergärten klimarelevant für Hamburg. Ihre Artenvielfalt ist darüber hinaus einmalig.

Hamburgs Tafelsilber schützen:

Besonders mit Blick auf nachfolgende Generationen muss Hamburg

seine Grundstücksflächen und Liegenschaften sichern und deren Verkäufe endlich stoppen.

Industrie- und Wohnungserweiterungen auf versiegelten Flächen:

Effektivere Nutzung auf bereits versiegelten Flächen für Industrie- und Wohnungsweiterungen fördern.

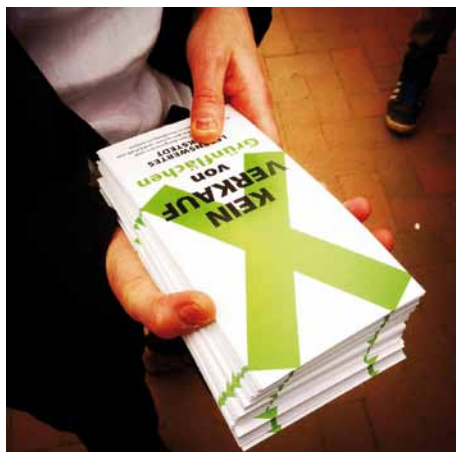
ÖPNV- stärken:

Hamburgs öffentlicher Nahverkehr muss günstiger, attraktiver und flächendeckender werden.

Fahrradnetz ausbauen:

Der Weg zur sicheren Fahrradstadt ist noch lang. Das Fahrradnetz muss massiv ausgebaut und verbessert werden.

*Michael Witzorrek (49/parteilos) ist Mitbegründer der Initiative Lebenswertes Lokstedt. Mit seiner Familie wohnt er im dichtbesiedelten Stadtteil Hoheluft und besitzt einen kleinen Schrebergarten am benachbarten Veilchenweg. Er war aktiv an der Ausarbeitung des B-Planentwurfs „Lokstedter Ratschlag“ (siehe auch S. 2/3) beteiligt.



Kein Verkauf von Grünflächen: Mit grünen Kreuzen macht die Initiative auf die Grünfraß-Politik in Hamburg aufmerksam.

„Bezahlbar bitte!“

*Bürgerbeteiligung Beiersdorf-Wohnungen an der Unnastraße: Die Forderungen und Anregungen der Anwohner*innen wurden auf der „Feedback-Werkstatt“ präsentiert. Wohnen soll nicht nur vielfältig, sondern vor allem bezahlbar sein! Das war der vorherrschende Tenor.*

Text > Hartmut Obens Plan > d-plan

Sonnabend, 16. Februar 2019, 11 Uhr, Osterstraße 45: Die interessierten Anwohner*innen kamen, der Besuch war sehr gut, insbesondere junge Leute zeigten sich sehr interessiert. Die „Stadtmacherei“, hinter der sich die Beratungsfirma „Urbanista“ verbirgt, hatte in gewohnt professioneller Art die Ergebnisse dreier Beteiligungs-Werkstätten präsentiert, die auf Wandtafeln und Power-Point-Folien dargestellt wurden.

In der für die „Feedback-Werkstatt“ aufwändig gestalteten Beiersdorf-Imagezeitung heißt es: „Durch die Lage an der Unnastraße in unmittelbarer zum Eimsbütteler Park „Am Weiher“ ist dieser Teil des heutigen Beiersdorf-Geländes wie gemacht dafür, sich zu einem lebendigen Wohn- und Stadtquartier zu entwickeln. Dieses große innerstädtische Areal soll nicht nur Wohnraum, sondern beispielsweise auch

neue öffentliche Freiräume im Stadtteil schaffen.“

Und genau diese Sicht hat sich die LINKE zu eigen gemacht und in ihren Planungsideen berücksichtigt (siehe Schaubild).

Obwohl Beiersdorf es tunlichst vermieden hat, das Thema Mieten und Sozialwohnungen anzusprechen, wurde in der Bürgerbeteiligung klar, wie wichtig es ist. Beim Themenschwerpunkt „Wohnen“ gab es denn auch die meisten Nennungen für die Forderung „Sozialwohnungsanteil 30 – 50 %!“. Wenn das keine Ansage ist!

Also: Für die Anwohner*innen soll Wohnen nicht nur interessant und grün, sondern auch bezahlbar sein!

Wie man hört, zeigt sich Beiersdorf „bereit“, einen 20-prozentigen Sozialwohnungsanteil für die ca. 800 Wohnungen „in Erwägung zu ziehen“. Das, lieber DAX-Konzern, ist ein Witz!

Wir, die LINKE fordern Bezirksamt und Bezirksversammlung auf, nicht locker zu lassen und einen Sozialwohnungsanteil von 50% durchzusetzen!

Abschließend wurden noch die beteiligten Bürger*innen für das anstehende Wettbewerbsverfahren gewählt: Zwei nicht und eine stimmberechtigte Bürgerin.

Das gesamte Verfahren wird sich noch in den Herbst hinziehen. Die LINKE wird am Ball bleiben!

Emil HINTERGRUND

Wohnquartier an der Unnastraße

- Kleinteilig, vielfältig, autofrei
- Langfristig bezahlbarer Wohnraum
- 90 Jahre Sozialbindung
- Öffentliche Durchquerung zur Heckscherstraße



Die Linke ludt ein ...

... und Kleingärtner*innen und Anwohner*innen kamen. Im Cafe Büchner waren keine Plätze mehr frei. Nach dem Verkauf der Grünfläche ist keineswegs Resignation eingetreten. Allen Beteiligten war jetzt klar: Wir brauchen einen guten Bebauungsplan!

Text > Roland Wiegmann Fotos > Uwe Fischer, d-plan



R. Wiegmann

Die LINKE ludt zum „Lokstedter Ratschlag“ – Anwohner*innen und Kleingärtner*innen kamen. Thema des Abends: Wie könnte ein „gemeinwohlorientiertes Nutzungskonzept“ für die 12 ha Grünfläche aussehen, bei dem nicht nur der Beiersdorf-Konzern und seine Erweiterungsinteressen zum Zuge kommen, sondern auch – und vor allem – die Menschen vor Ort, die Lokstedter Anwohner*innen und Kleingärtner*innen?



Dem Stadtentwicklungsplaner Mario Bloem ist ein überzeugendes Konzept für Lokstedt gelungen.

Diese haben ein berechtigtes Interesse an einer gesunden Umwelt, also u. a. an für Erholung und Freizeitgestaltung geeignetes Stadtgrün in fußläufiger Umgebung, entsprechend dem Hamburger Landschaftsprogramm. DIE LINKE. Fraktion hatte den Stadtentwicklungsplaner Mario Bloem beauftragt, ein geeignetes Konzept zu entwickeln, welches diesen Anforderungen gerecht wird.

Es ist ihm zusammen mit den Anwohner*innen und Schreiber*innen ein großartiger Wurf gelungen. Das brachte auch die Diskussion zum Ausdruck, in der von allen Beteiligten gewürdigt wurde, dass mit diesem Konzept eine solide Grundlage für eine Lösung erarbeitet wurde, bei der kein einziger Schrebergarten geopfert werden muss und den Anwohner*innen eine Fülle von Möglichkeiten geboten wird, familienfreundliche und soziale Freizeitgestaltung zu betreiben.

Gemeinsame Überzeugung aller war, dass dieses Konzept eine stimmige und soziale Antwort auf den „Flächenfraß“ durch einen alles beherrschenden Konzern darstellt und unbedingt zur Grundlage eines bezirklichen Bebauungsplans gemacht werden soll, an dem die Bezirkspolitik und das Bezirksamt Eimsbüttel nicht vorbeikommen – und zwar nicht „irgendwann“ (Bezirksamtsleiter Gätgens), sondern noch vor den Wahlen zur Bezirksversammlung im Mai 2019!



Viele Menschen wünschen sich naturnahe Kleingärten zur Erholung und zum Anbau von Obst und Gemüse.

Eimsbüttel für die Vielen

Die LINKE Eimsbüttel legt ihr Programm zur Wahl der Bezirksversammlung 2019 vor.
„Eimsbüttel ist ein lebenswerter Bezirk – mit seinen über 260.000 Einwohner*innen, vergleichbar mit einer mittleren Großstadt. Aber auch in Eimsbüttel ist zu sehen, wie unsere Gesellschaft ...

Text > Hartmut Obens Motiv > DIE LINKE

... auseinanderdriftet.“ So beginnt das Wahlprogramm der Eimsbütteler LINKEN. Es schlägt einen Bogen zu folgenden (bezirks-)politischen Schwerpunkten:

- Mehr kommunale Demokratie in Eimsbüttel
- Bezahlbare Miete statt fetter Rendite
- Mehr Rad, mehr Bahn, weniger Auto
- Kampf dem Smog, Lärm und Grünfraß
- Kein privater Gewinn in Gesundheit und Pflege
- Kampf der wachsenden Armut in einer wachsenden Stadt
- Klar gegen rechts
- Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts
- Emanzipatorische Frauenpolitik
- Gleiche Chancen auf Bildung und Kultur
- Jedes Kind ist gleich viel wert
- Wir werden alle nicht jünger

Die Hauptkampfplätze der Bezirkspolitik, die sich auch in den Aktivitäten der Bezirksfraktion widerspiegeln, sind zweifellos die Themen kommunale Demokratie, Mieten- und Wohnungsbaupolitik sowie Stadtentwicklung.

Deshalb wird zur Politik der „Schuldenbremsen“-Parteien festgestellt, dass sie dem Land und der Stadt den Verfall der sozialen und materiellen Infrastruktur verordnet haben.

„Die bisherige Wohnungspolitik gleicht einer Bankrotterklärung: bezahlbarer Wohnraum wird immer

knapper. Eine sich weitgehend selbst überlassene private Wohnungswirtschaft baut halt keine billigen Wohnungen.“ Besonders dramatisch sind der Verlust an Sozialwohnungen und die Mieterhöhungen nach dem Auslauf der Bindefristen.

Die Alternative: Kommunaler Wohnungsbau und völlige Streichung der Bindefristen im sozialen Wohnungsbau! Wie das geht, zeigt uns die Stadt Wien. Und was in Eimsbüttel besonders auf den Nägeln brennt, ist eine Form der „Nachverdichtung“, die zu Lasten der Anwohner und der wenigen noch verbliebenen Grünflächen geht. Deshalb gilt nach wie vor „unser klares Nein gegen den Verkauf des Lokstedter Kleingartenareals an den Beiersdorf-Chemiekonzern!“ Ob es um

Gesundheit, Bildung, Wohnen oder Energieversorgung geht, die soziale Grundversorgung der Menschen darf nicht länger in den Händen profitgieriger Konzerne bleiben. „Die Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.“ Und noch etwas liegt uns sehr am Herzen. Das überholte Hamburger Bezirksverwaltungsgesetz bietet der gewählten Körperschaft keine wirklich demokratischen Mitwirkungsrechte. „Eine Viertelmillion Eimsbüttler*innen müssen das Recht auf eine echte parlamentarische Interessenvertretung mit eigenem Haushaltsrecht haben“.

Wer die LINKEN in Eimsbüttel und ihre Bezirksfraktion kennt, der weiß, dass unsere Forderungen keine leeren Worte sind, sondern Auftrag zum politischen Handeln!

Die Eimsbütteler LINKEN haben klare Vorstellungen darüber, was sich in Eimsbüttel ändern muss. Überzeugen Sie sich selbst!
bit.ly/wahlprogramm-linke-eimsbuettel



„Teilhabe“, „Chancen“?

Hartz-IV-Widerspruch hier – eine Gruppe kämpft gegen Bürokratie und Erniedrigung. Bei unseren monatlichen Treffen beschäftigen wir uns mit den Aufforderungen und Bescheiden des Jobcenters und den Alltagsorgen der Betroffenen. Doch immer zum 1.1. und zum 1.8. gibt es überraschende Änderungen.

Text > *Manuela Pagels* Motiv > **DIE LINKE**



M. Pagels

Durch die jüngste Änderung mit dem ver-harmlosenden und irre-führenden Namen „Teilhabechancengesetz“ wird die Demontage des Sozialstaates zum Wohle der freien Marktwirtschaft festgeschrieben. Ein-€-Job und Bürgerjob, die Tätigkeiten im sozialen Bereich vorsahen, sorgten über die Jahre für die gesellschaftliche Akzeptanz von erzwungener Arbeit.

Das Schreckgespenst Hartz IV und die Angst davor, veranlassen die Menschen sich so weit wie möglich von Hartz IV fern zu halten. Doch sie entgehen diesem perfiden System

nicht. Klar, die Leidtragenden sind zunächst die Arbeitslosen, die den erniedrigenden Weiterbildungen mit Grundschulaufgaben, Beschimpfungen, Zwangsarbeit und den ständigen Geldsorgen ausgesetzt sind. Tatsächlich geht es im Gesamtpaket Hartz IV aber um die Entwertung der Arbeit auf dem aktuellen Arbeitsmarkt.

Was ist neu? Arbeitslose erhalten für die vom Jobcenter unter Androhung des Leistungsentzuges zugewiesene Arbeit den Mindestlohn und die Arbeitgeber der freien Wirtschaft bekommen die Lohnkosten erstattet.

Einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I erarbeiten sich die „Arbeitslosen“ nicht.

Denn „arbeitslos“ bleiben sie trotz der versicherungspflichtigen, befristeten Zwangsarbeit und werden natürlich liebevoll vom Jobcenter umsorgt. Dieses „Coaching“ inklusive der Verwaltungskosten darf der Steuerzahler auch noch bezahlen.

Obendrein freuen sich alle Mitarbeiter über die neuen Kollegen, die es nicht nur billiger machen, nein, mal eben dem Chef gar nichts mehr kosten. Das ist Hartz IV, Einkommen am Existenzminimum und Profitmaximierung auf Kosten der Steuerzahler und zum Nachteil aller Arbeitnehmer.

Wir sagen: Kein neuer Name, sondern weg mit Hartz IV!

**Hartz IV
Widerspruch
hier:**

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bezirksversammlung Eimsbüttel

Die Hartz IV-Beratung der LINKEN hat bei den Betroffenen einen guten Ruf und ist nicht mehr wegzudenken.

Verkehrter Verkehr

*Neben fehlenden Wohnungen und Mieten auf Zugspitzenhöhe ist der Verkehr eines der wichtigsten Themen für die Eimsbütteler*innen. Statt Entschleunigung auf den Straßen anzustreben, werden dort Kriegszustände geschaffen. Die Aufenthaltsqualität an fast allen Hauptstraßen ist gleich Null.*

Text > Peter Gutzeit Foto > Peter Gutzeit; G. Lesum



P. Gutzeit

Ob in der Holsteiner Chaussee, der Kieler Straße oder der Hohenluftchaussee. Überall ätzt sich der Verkehr durch Eimsbüttel. Zwischen den Kreuzungen ist ein Überqueren der Straßen für Fußgänger*innen kaum noch möglich. Und immer wieder werden die Stellschrauben des „flüssigen“ Verkehrs weiter angezogen. Hunderttausende Pendler*innen fallen inzwischen tagtäglich in Hamburg ein. Die Anzahl der PKW-Neuzulassungen schraubt sich Jahr für Jahr in die Höhe (2018 um weitere 5.000 auf nun 788.166). Der HVV erhöht in schöner Regelmäßigkeit die Preise,

dabei wäre es notwendig, die Preise zu senken, ein 365-Euro-Ticket einzuführen oder auch mal über den Null-Tarif nachzudenken. Stattdessen wird auf Konzern- und damit ausschließlich auf profitorientierte Systeme wie car2go, DriveNow, Moia und ähnliche private Firmen gesetzt, die letztendlich noch den HVV unter Druck setzen.

Daran ändern auch die eilig aufgebrauchten Radfahrstreifen nichts, die nur halbherzig, oft chaotisch und viel zu schmal auf den Fahrbahnen installiert werden.

Auch bei der Geschwindigkeitsreduzierung gibt es keinerlei Veränderung. „Der Wirtschaftsverkehr muss fließen“, so Ex-Senator Horch

und macht all den Raser*innen Mut, kräftig aufs Gaspedal zu drücken. Wo 50 km/h erlaubt sind, ist 60 km/h die Regel und viele überschreiten selbst dieses Tempo, um noch bei Rot über die nächste Ampel zu kommen.

Wehe dem, der es wagt diesen Irrsinn zu stoppen. Vielleicht gar mit Tempo 30-Forderungen. Dann wendet die Polizei alle Tricks und Täuschungen an, um dieses zu verhindern. Als ein Beispiel sei der Eppendorfer Weg genannt. Seit 2012 steht dort die Forderung nach Tempo 30 an. Am 12.10.2016 beschließt die Bezirksversammlung dieses einstimmig. Am 29.03.2018 ein weiteres Mal. Andy Grote (SPD) verspricht, den Eppendorfer Weg durchgehend bis Eppendorf zur Tempo-30-Strecke zu machen. Doch passiert ist bis heute nichts. Zur Ankündigung, zumindest Tempo-30-Schilder aufzustellen, erklärte die Polizei, dass es leider an den notwendigen Schilderbefestigungen mangle.

Trotzdem werden wir von der Linksfraktion Eimsbüttel auch in der nächsten Legislatur weiterhin Druck aufbauen, um die unsägliche Verkehrssituation umzukehren. Zu einem lebens- und lebenswerten Eimsbüttel.



Unsere Quartiere sind für die Menschen da und sollten nicht vollgestopft werden mit endlosen Blechlawinen.

„Uni-Boulevard“: Kein Investoren-Mekka!

Sie schleichen schon herum im Viertel, die „Aufwerter“, Aufkäufer und Investoren. Die Wohnviertel zwischen dem Geomatikum-Campus und dem bald neuen von-Melle-Park-Campus sind in „Gentrifizierungsgefahr“. Die LINKE hat gehandelt.

Text > Kolja Schulte Foto > Uwe Fischer



K. Schulte

Unser Stadtteil braucht keinen Latte Macchiato-Boulevard, sondern bezahlbaren Wohnraum“, so unser Vertreter im Stadtplanungsausschuss und LINKEN-Spitzenkandidat für den Wahlkreis Harvestehude-Rotherbaum, Kolja Schulte zu den Gedankenspielen der BA-Leitung, die Grindelallee zwischen dem künftigen Geomatikum-Campus und dem neu zu gestaltenden



Hier an der Grindelallee und in den benachbarten Wohngebieten schleichen sie herum, die „Gentrifizierer“.

von-Melle-Park-Campus als „Uni-Boulevard“ einzurichten. „Der Mietenspiegel schießt durch die Decke. Kaum noch Wohnungen mit Mietpreisbindung. Wer soll sich das noch leisten können? Ein Uni-Boulevard für Investoren? Nein Danke“ sagt er hinsichtlich der ohnehin hohen Mieten in der Nachbarschaft. Bewohner der Grindelallee hatten sich

Emil HINTERGRUND

• Auszug aus dem Antrag an die Bezirksversammlung:

Einrichtung einer Sozialen Erhaltungsverordnung für das Univiertel im Stadtteil Harvestehude-Rotherbaum

• Sachverhalt:

DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel fordert die Einrichtung einer Sozialen Erhaltungsverordnung gemäß Baugesetzbuch ... für den Stadtteil Harvestehude-Rotherbaum mit dem Schwerpunkt des Uni- und Grindelviertels. Zweck dieser Verordnung soll sein, die Struktur der Wohnbevölkerung im Stadtteil aus besonderen städtebaulichen Gründen zu erhalten. Die Soziale Erhaltungsverordnung soll verhindern, dass im Zeichen des angedachten „Uni-Boulevards“ angestammte Bewohner*innen durch baulich aufwertende Maßnahmen, wie zum Beispiel Luxusmodernisierungen oder durch Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen aus dem Gebiet verdrängt werden.

DIE LINKE. ist von Anwohner*innen auf einige Kauf- und Übernahmeaktivitäten privater Investoren in diesem Bereich (z.B. Grindelallee) hingewiesen worden, die auf einen verstärkten bevorstehenden Aufwertungsdruck hinweisen.

• Petition:

Die Bezirksversammlung Eimsbüttel beschließt die Einrichtung einer Sozialen Erhaltungsverordnung ... und bittet die verantwortliche Fachbehörde, alle damit im Zusammenhang stehenden Vorbereitungen ohne Zeitverzug einzuleiten. ...

Hartmut Obens, Peter Gutzeit, Jürgen Kahlert, Manuela Pagels und Ralf Peters. Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

mit Hartmut Obens, der im Grindelviertel wohnt, in Verbindung gesetzt und gefragt, was denn da los sei.

Kurzentschlossen hat die Fraktion der LINKEN auf der Bezirksversammlung am 31.01.2019 einen Antrag zur Einrichtung einer sozialen Erhaltungsverordnung eingebracht, der von SPD, Grünen und sogar CDU angenommen wurde. Abgelehnt hatte lediglich der FDP-Vertreter B. Müller-Sönksen (Verband der Grundeigentümer) und die beiden Ex-AfD-Vertreter.

Auf der BV erklärte der Fraktionsvorsitzende H. Obens: „Der Gentrifizierungsdruck auf die angestammten Anwohner hat deutlich zugenommen. Investoren schleichen im Viertel herum, spekulativer Leerstand und andere Machenschaften machen einen Milieuschutz unabwendbar.“

Der Vorgang wird jetzt im Stadtplanungsausschuß weiter bearbeitet, in dem die Eimsbütteler Bauplanungsabteilung eine Analyse erarbeiten soll, ob die Voraussetzungen zum weiteren Vorgehen für eine soziale Erhaltungsverordnung gegeben sind, welches Planungsgebiet infrage kommt und welche anliegenden Wohnbereiche vom Aufwertungsdruck betroffen sind.

Kolja Schulte (M. Sc. Architektur) wird diesen Vorgang weiter begleiten und nach der BV-Wahl im Mai auch als Ansprechpartner für die Anwohner*innen zur Verfügung stehen.

SAGA Nachverdichtung: So nicht!

Wenn das städtische Wohnungsunternehmen SAGA GWG in Neuschaffungen von Sozialwohnungen investiert ist das zunächst eine gute Sache, welche damit der schon lange erhobenen Forderung der Linkspartei in diesem Zusammenhang nachkommt.

Text > Jürgen Kahlert Animation > Denis André Perspectives



J. Kahlert

Allerdings sind im ohnehin hoch verdichteten Stadtteil Eimsbüttel schon intelligente Lösungen gefragt, und ob das städtebauliche

Konzept Lappenbergsallee/Spengelweg der SAGA solchen Anforderungen entspricht, kann nur verneint werden.

Dass die betroffenen Anwohner*Innen Informationen zu diesem Bauvorhaben bekamen, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass auch private Eigentümer involviert sind und im Rahmen des Vorbescheidverfahrens zu beteiligen waren. Mit anderen Worten, eine Information oder gar Mitwirkung der Mieter*Innen durch ein städtisches Unternehmen ist offensichtlich von der SAGA nicht vorgesehen. Aber haben kommunale Unternehmen nicht andere Pflichten als renditeorientierte Investoren?

Konkret sind hier drei neue Wohngebäude geplant, die in erheblichem Umfang zur Vernichtung von Grünanlagen führen würden. Es geht hier nicht nur um Pflanzen, sondern auch um Tiere, die damit ihren gewohnten Lebensraum verlieren.

Zudem steht zu befürchten, dass die ohnehin mäßige Luftqualität durch

den Verbau der Luftachsen Richtung Spengelweg einerseits und hin zur Schwenkestraße andererseits, sich noch weiter verschlechtert.

Die angestrebte Bebauung sieht zum Teil nur einen Abstand von 8-9 Metern zu dem betroffenen Bestandshaus vor. Die dadurch entstehende Enge zu den vorderen Terrassen und die damit einhergehende Verschattung sind eine extreme Zumutung für die Betroffenen.

Um für den Erhalt der derzeitigen Lebensqualität der grünen Wohnanlage zu kämpfen hat sich eine Anwohnerinitiative gebildet, die konkrete alternative Lösungen anbietet, wie eine Nachverdichtung ohne den geplanten Grünfraß möglich wäre.

Statt des geplanten Neubaus von drei Wohnhäusern schlägt die Initiative eine entsprechende Aufstockung der Bestandshäuser um zwei Geschosse vor.

In den Bürger*Innenfragestunden der Bezirksversammlung wurde die Bezirkspolitik von der Anwohnerinitiative gefragt, wie sie sich zu den vorgetragenen Problemen verhalten wolle. Nur die Linksfraktion hat eine klare Position bezogen.

Keine Nachverdichtung nach dem Konzept der SAGA GWG, die eine Vernichtung von Grünflächen beinhaltet, sondern nur die Erschaffung neuer Sozialwohnungen über eine Aufstockung der Bestandshäuser.

Diese intelligente Idee stammt von einem Anwohner, dem Architekten Denis André.



DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle – die Zukunft, für die wir kämpfen.

Foto > G. Lesum



DIE LINKE. Fraktion in der BV Eimsbüttel:

v.l.n.r. Peter Gutzeit (Kultur- und verkehrspolitischer Sprecher, Kerngebietsausschuss), Manuela Pagels (Jugend- und sozialpolitische Sprecherin, Regionalausschuss Lokstedt), Jürgen Kahlert (Stellv. Fraktionsvorsitzender, umwelt- und wirtschaftspolitischer Sprecher), Ralf Peters (Bildungs- und sportpolitischer Sprecher, Regionalausschuss Stellingen), Hartmut Obens (Fraktionsvorsitzender, stadtplanungs- und haushaltspolitischer Sprecher, Hauptausschuss)



Herzlich willkommen ...

... in der Geschäftsstelle der Linksfraktion Eimsbüttel! Sie finden uns im Stadtteil Eidelstedt in der Kieler Straße 689 (Hinterhaus), 22527 Hamburg. Unser Geschäftsführer Roland Wiegmann freut sich auf Sie zu den **Öffnungszeiten:** dienstags 13:30 - 15:30 Uhr und mittwochs 13:30 - 17:30 Uhr, sowie nach Absprache. Auch unsere Bezirksabgeordneten freuen sich nach Terminabsprache auf ein Gespräch mit Ihnen. Rufen Sie gern im Büro an: **Telefon Fraktionsbüro:** - Festnetz: (040) 3022 7177, - mobil: (0163) 16 40 275. **Mailen Sie uns:** buero@linksfraktion-eimsbuettel.de, www.linksfraktion-eimsbuettel.de

V.i.S.d.P. / Herausgeber*in:

DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel
Hartmut Obens, Kieler Str. 689, 22527 Hamburg

Gestaltung & Art-Direction:
bug – gestaltung aus hamburg.
bug-hamburg@email.de

